



Polizistinnen und Polizisten sollen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden.

Verwaltungsaufwand verringern

In den Polizeiinspektionen werden die Entbürokratisierungsmaßnahmen langfristig fortgesetzt. Auch in den anderen Bereichen der Landespolizeidirektionen wird der Verwaltungsaufwand verringert.

Die Maßnahmen zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes für die Polizei werden langfristig fortgesetzt. Zu diesem Entschluss kamen die Führungskräfte der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, nachdem auf ihren Aufruf hin viele umsetzbare Entbürokratisierungsvorschläge von Polizistinnen und Polizisten aus Polizeiinspektionen eingebracht worden waren – insgesamt 400 Vorschläge zu 65 Themen.

Einige Ideen wurden bereits umgesetzt (beschleunigte Anzeigenaufnahme, Vereinfachung von Berichtspflichten, elektronische Personaleinsatzplanung ePEP, Verbesserungen bei der Einsatz- und Dienstdokumentation); andere Vorschläge sind aufgrund einer längeren Entwicklungszeit noch in Vorbereitung – insbesondere solche, die gesetzliche Änderungen erfordern.

Was als Arbeitspaket des Projekts „Moderne Polizei“ begann, wird aufgrund des Erfolgs und der hohen Akzeptanz nun zum Programm. Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dabei ein wesentlicher Er-

folgsfaktor. War sie bei der ersten Befragung zu Entbürokratisierungsvorschlägen eher gering, so stieg sie mit der zweiten Befragung um das Dreifache und von der zweiten auf die dritte Umfrage auf das Neunfache an. Künftig können auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den übrigen Bereichen der Landespolizeidirektionen Vorschläge für ihre Arbeitsbereiche einbringen.

Die Büros für Qualitäts- und Wissensmanagement (B2) in den Landespolizeidirektionen werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über verschiedene Quellen – wie Qualitätszirkel, den jährlichen Leistungs- und Entwicklungsdialogen oder Befragungen – Vorschläge einholen, sie analysieren und die ausgewählten Maßnahmen umsetzen. Bundesweit sinnvolle Vorschläge werden an das BMI weitergeleitet. Dort erfolgt vom Referat für Struktur- und Personalentwicklung weiterhin die bundesweite Koordination der Entbürokratisierungsvorhaben – inklusive entsprechender Vorschläge aus dem betrieblichen Vorschlagswesen.

„Es war eine neue und sehr positive Erfahrung für uns, dass die Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ganz konkrete Vorschläge so unmittelbare Verbesserungen ermöglicht, wie dies etwa durch ein neues Formular für eine beschleunigte Anzeigenaufnahme zur Bearbeitung von Kleinkriminalitätsfällen der Fall war“, sagt General Matthias Klaus, Leiter der Gruppe II/A (Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz) im BMI. Diese Vorgehensweise trage dazu bei, rasch auf die sich ständig ändernden Anforderungen reagieren zu können und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die direkte Einbindung ihrer Erfahrungen zu motivieren, betont Klaus. Die Reduktion des Verwaltungsaufwandes nutze auf die Dauer insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern als die „Kunden“ der Polizei – dann nämlich, wenn die polizeilichen Dienstleistungen, die sie beanspruchen, schneller abgewickelt werden können.

Von diesem Projekt unberührt, können Verbesserungsvorschläge weiterhin über das betriebliche Vorschlagswesen eingebracht werden.